

Die Verhältnisse bei der „Dezeg“.

Wie die „Dezeg“ auf Kosten ihrer Angestellten spart.

In weiten Kreisen der Bevölkerung ist die Meinung verbreitet, daß es den Angestellten der Zentralen besonders gut ergeht. Allgemein glaubt man, daß diese Angestellten über ein besonders schönes Einkommen verfügen und daß sie keine allzu anstrengende Tätigkeit haben, kurz, daß sie auf Rosen gebettet sind. Die jüngsten Vorgänge in der „Dezeg“ oder wie ihr voller Titel lautet: „Österreichische Zentral-Einkaufsgesellschaft A.-G.“, zeigen eben, daß es den Angestellten schlecht geht.

Diese Gesellschaft, die als gemeinnützige Zentrale gedacht ist, verfolgt bei ihren Angestellten ein ganz unglaubliches Sparsystem. Da sie statutengemäß keinen Reingewinn erzielen darf, muß man die Frage aufwerfen, weshalb sie auf Kosten der Beamten spart. Ein Teil der Angestellten bezog noch bis vor kurzem Gehälter, die weit geringer waren als das vom Zentralverein der kaufmännischen Angestellten Österreichs in ihrem Kollektivvertrag aufgestellte Mindesteinkommen von 150 Kronen monatlich. Wobei zu bemerken ist, daß dies nur für Privatangestellte gefordert wird; bei den Zentralen sind als geringstes Einkommen 250 Kronen für den Monat gedacht. Und doch gab es noch bis jüngst Mädchen bei der „Dezeg“, die ein Monatsgehalt von — 120 Kronen bezogen. Ein Gehalt von 180 Kronen gilt dort schon als bessere Bezahlung. Für die sonstigen Verhältnisse bei der „Dezeg“ ist es bezeichnend, daß z. B. in einem Bureau zwei Beamtinnen dieselbe Arbeit verrichten, von denen die eine 150 Kronen, die andere 300 Kronen monatlich erhält; die erstere ist seit einem Jahre bei der Zentrale, die letztere aber erst seit kurzer Zeit. Denn die Neuestellten fordern selbstverständlich eine höhere Entlohnung als die vor einiger Zeit Eingetretenen. Arbeitszeit ist zwischen $\frac{1}{2}$ 9 und $\frac{1}{2}$ 1 Uhr und $\frac{1}{2}$ 3 und $\frac{1}{2}$ 7 Uhr. Da aber die Arbeit in dieser Zeit nicht bewältigt werden kann, sind die Beamten gezwungen, Überstunden zu machen, die allerdings mit K 1.80 bis K 2 bezahlt wurden. Aber bei der letzten Auszahlung hat die Direktion die Entlohnung für die Überstunden ganz eigenmächtig herabgesetzt, indem sie plötzlich nur mehr K 1.50 bezahlte. Alle diese Umstände gestalteten die Lage der Angestellten derart unerträglich, daß sie daran gingen, eine eigene Organisation zu gründen und Forderungen aufzustellen. Aber die Direktion erklärte nach dem bewährten Muster aller Ausbeuter, mit der Organisation nicht unterhandeln zu wollen und verlangte die Auflösung. Gleichzeitig versprach sie eine Aufbesserung der Löhne. Mit Rücksicht auf dieses Versprechen lösten die Angestellten ihre Organisation tatsächlich auf. Die Aufbesserung bestand nun darin, daß eine Feuerungszulage von — 10 v. H. gewährt wurde und mit wenigen Ausnahmen nur die Gehälter, die sich unter dem oben erwähnten Mindesteinkommen von 150 Kronen bewegten, auf diese Höhe ergänzt wurden. Selbstverständlich erregte dies unter den Angestellten die größte Erbitterung und die meisten waren im Zweifel, ob sie eine solche angebliche Erhöhung annehmen sollten. Und nun kommt das schönste Stück, das sich die Direktion leistete: sie erklärte nämlich, daß sie sich an das Ernährungsamt wenden werde, um frische Arbeitskräfte zu erhalten!

Ein solches Vorgehen einer gemeinnützig gedachten Zentrale verdient den schärfsten Tadel. Die Zentralen erfreuen sich ohnedies keines besonderen Zutrauens bei der Bevölkerung. Sie sollten da wenigstens dafür Sorge tragen, daß nicht die

allergewöhnlichsten Unternehmerpraktiken bei ihnen Platz greifen.

B.